Tagesordnung:

- 1 Vorstellung Klimabilanz 2017 und Maßnahmen - Beschluss
- 2 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung vom 28.09.2017
- 3 Nachsorgekosten für die Altdeponien; Bericht der ECONUM Unternehmensberatung GmbH und Empfehlungsbeschluss zur Bildung von Rückstellungen
- 4 Vorstellung des Müllhaushalts 2018 mit Investitionsplan: Empfehlungsbeschluss des Umweltausschusses
- 5 Vorstellung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2016 der Kommunalen Abfallwirtschaft – Betrieb gewerblicher Art –
- 6 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Vorstellung Klimabilanz 2017 und Maßnahmen – Beschluss

Frau Rechsteiner, Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, stellt die Energie- und CO₂-Bilanz auf Basis der Daten des Jahres 2015 für den Landkreis Miltenberg anhand beiliegender Präsentation vor.

Landrat Scherf hält drei Dinge für beachtenswert:

1. Mit 34% Anteil erneuerbarer Energien stehe der Landkreis relativ gut da.
2. Spannend sei die Veränderung beim Bruttoinlandsprodukt bei der Industrie. Dies sei in den letzten sechs Jahren um 27% gestiegen, was sehr gut für den Landkreis sei. Bei diesen Werten, 27% Steigerung BIP, Energieverbrauch nur 12% Steigerung, Treibhausgasemissionen Anstieg nur um 2%, sehe man, dass der Ansatz möglich sei, Wachstum von Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.
3. Bemerkenswert sei, dass bei den Privathaushalten die Treibhausgasemission um 13% reduziert worden sei, weil viel werteorientiertes Verhalten dahinterstehe. Dies gilt es, anzuerkennen. Hier habe der Landkreis mit Beratungsleistungen versucht, mitzuwirken. Am Ende sei es das Handeln der Bürger*innen, was sehr positiv sei.

In der Steuerungsgruppe und im Energiebeirat sei besprochen worden, dass man anhand dieser Auswertung noch zielgerichteter vorgehen wolle. Dafür würden in der Verantwortung von Herrn Gasper im Frühjahr drei Fachworkshops zu Themen veranstaltet. Mit dem Beitritt zur EEA sei auch ein sehr strukturiertes nachvollziehbares Vorgehen möglich.

Kreisrat Schötterl fragt, mit welchen Daten die Ergebnisse des Individualverkehrs berechnet worden seien.

Frau Rechsteiner antwortet, dass die Daten aus dem Verkehr tatsächliche Zählstellen seien, die es in ganz Deutschland auf verschiedenen Straßen gebe. Die würden hochgerechnet auf die verschiedenen Regionen.

Landrat Scherf fügt hinzu, dass vor einigen Jahren darüber diskutiert worden sei, ob das Thema Mobilität mit in dieses Klimaschutzkonzept aufgenommen werden solle. Jetzt sehe man, dass es ein ganz beachtlicher Anteil sei, deswegen findet einer dieser drei Workshops auch zum Thema Mobilität statt.

Kreisrat Weber fragt zur Folie 25 (Indikatorenset mit Zielkorridor 2030), wer den Zielkorridor festgelegt habe.

Weiterhin möchte er wissen, wie man aus diesem Wissen Handlungsempfehlungen entwickle.

Landrat Scherf antwortet, wie im Energiebeirat beschlossen, würden mit Fachleuten zu drei Schwerpunktthemen Workshops im Frühjahr veranstaltet, um anhand der jetzigen Ergebnisse neue Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Herr Gasper antwortet, dass die Zielwerte des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts auf das Indikatorenset übertragen worden seien.

Kreisrätin Frey merkt an, dass der Verkehr insgesamt im Landkreis nicht reduziert worden sei, sondern dass er steige. Die Berechnungsgrundlage von ifeu leuchte ihr nicht ein. Wenn man die Hypothese hätte, dass alle Bürger*innen im Kreis Miltenberg plötzlich von einem Tag auf den anderen auf E-Autos umstellten und der ganze Strom aus regenerativer Energie käme, dann passe die Statistik nicht, weil nur die Autos gezählt würden. Sie möchte wissen, wo die Daten in der Statistik auftauchen würden, wenn sich etwas verbessere.

Frau Rechsteiner fügt hinzu, dass man bei den Zählungen nicht erkennen würde, ob es sich um ein E-Auto handelt, aber es würde sich der bundesweite Verbrauch ändern. Der Anteil von Elektroautos steige in dem Kennwert, der danach berechnet werde. Aber in der Bilanz wäre nicht sichtbar, wenn lokal der Anteil an Elektroautos steige.

Kreisrätin Frey fragt nach Maßnahmen, um eine Senkung des Individualverkehrs zu erreichen.

Frau Rechsteiner antwortet, dass der Anteil im öffentlichen Nahverkehr gesteigert werden müsse, damit der Verbrauch von eigenen PKWs sinke.

Landrat Scherf fügt hinzu, dass das Staatliche Bauamt seinem Verkehrsgutachten den Wunsch zugrunde lege, dass man eine Verdopplung der Fahrgastzahlen auf der Maintalbahn zwischen Aschaffenburg und Miltenberg erhalte.

Kreisrat Ullmer fragt nach dem Auslaufen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

Landrat Scherf sagt, dass man landes- und bundespolitische Rahmenbedingungen nicht beeinflussen könne. Entscheidend wird in den Fachworkshops sein, dass der Landkreis Miltenberg entdecke, wo man innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen handeln könne.

Kreisrätin Schüßler fragt, wie sinnvoll das Maximum der X-Achse ist, nämlich die 10. Ihrer Ansicht nach entspricht die 10 einer 0% Stromverbrauch. Sie möchte wissen, ob man überhaupt auf 0% Stromverbrauch pro Einwohner kommen könne. Die „roten Punkte“ müssten auch immer wieder hinterfragt werden, da sich immer wieder die technologischen Möglichkeiten oder gesetzliche Rahmenbedingungen änderten.

Frau Rechsteiner antwortet, dass bei erneuerbarem Strom und Wärme bei der Erzeugung eine 10 möglich wäre. Bei den anderen werde man in den nächsten Jahren keine 0% schaffen. Das Ziel sei, sich dem so weit wie möglich anzunähern.

Die „roten Punkte“ könne man auch anders setzen, zum Beispiel nach einem Minimum. Diese Anregung nimmt Frau Rechsteiner mit.

Herr Gasper, Energiemanager, stellt anhand beiliegender Präsentation den European Energy Award vor.

Kreisrat Ullmer möchte wissen, ob der Eigenanteil von 30.000,00 Euro nur den Landkreis Miltenberg betreffe.

Herr Gasper antwortet, dass der EEA auf Ebene einer Gebietskörperschaft umgesetzt werden müsse, d.h. jede Gebietskörperschaft für sich nehme daran teil, weil es auch in den Verwaltungsablauf jeder einzelnen Verwaltung integriert werde. Die Kosten und der Aufwand entstünden auf der Ebene jeder einzelnen Gebietskörperschaft.

Man versuche, als erste Gebietskörperschaften überhaupt, Ergebnisse in Zusammenarbeit auf der regionalen Ebene zusammenzuführen. Dadurch entstehe vielleicht die Möglichkeit, etwas an Kosten einzusparen.

Kreisrat Weber fragt, wie man die Kommunen mitnehmen könne. Wenn sich der Landkreis auf den Weg mache, möchte er wissen, wie man Kommunen animieren könne, das auch zu tun.

Herr Gasper antwortet, dass es einige kleine Kommunen gebe, die Mitglied bei der EEA seien. Der Beitrag sei dann natürlich geringer und für Kommunen attraktiv. Aus seiner Sicht sei

es wichtig, dass der Landkreis vorangehe. Es gebe Regionen, was das Engagement der Kommunen angehe, die deutlich weiter seien als der Bayerische Untermain.

Kreisrat Berninger sagt, dass das Engagement der Kommunen im Landkreis insgesamt, was die Frage der Energiezukunft und den Klimaschutz betreffe, sehr hoch sei. Was den Kommunen so viel Probleme und Arbeit bereite sei, dass die Verwaltungen nicht mehr wüssten, wie alles zu bewältigen sei. Er stelle sich momentan die Frage, warum man jetzt ein weiteres theoretisches Modell aufsetzen wolle, mit dem man sich selbst beschäftige. Die Unternehmen seien von sich alleine unterwegs, um Energie zu sparen. Wo sie nicht alleine unterwegs seien, würden sie per Gesetz gezwungen. In den privaten Haushalten sei es genauso. Alleine die Erfolgsgeschichte „Photovoltaik“ wäre von den Menschen selbst ausgegangen, ohne dass der Landkreis oder die Gemeinde etwas dazu beitragen hätte. Er sei in keiner Art und Weise ein Gegner von Klimaschutz oder Energieeinsparung, sondern genau im Gegenteil. Er glaube aber auch, dass der Landkreis zurzeit auf einer Schiene unterwegs sei, wo man sich überall mit irgendwelchen Dingen beschäftige, um sich ein gutes Gewissen einzureden. Man sollte so viel Vertrauen in den ganzen Prozess haben, der schon lange am Laufen sei, dass die Menschen selbst das regeln werden.

Herr Gasper antwortet, dass dies kein Vorwurf an die Kommunen gewesen sein soll. Der EEA sei kein theoretisches Modell, sondern ein Treiber für die Umsetzung von Projekten. Es gebe viele Projekte, die hier in der Region nicht laufen würden. Er kenne die Situation in den Kommunen, dass die Personalkapazitäten einfach nicht da seien. Um dieses Thema zu treiben, bräuchte man auch ein Stück weit externe Unterstützung. Man möchte mit diesem Werkzeug zum einen wieder etwas Schwung in das Thema bringen. Er sehe es nicht so, dass alles von alleine laufe, sondern es gebe viele Bereiche, wo man nur etwas tun könne, wenn man es in irgendeiner Form schaffe, extern unterstützt Schwung reinzubringen. In das Thema Energiewende sei ein Bremsklotz reingehauen worden, im Ausbau von erneuerbaren Energien hänge der Bayerische Untermain total nach. Es gebe viele verschiedene Möglichkeiten, solche Themen anzugehen, aber dadurch dass man alle eine sehr überschaubare personelle Ausstattung in dem Bereich habe, müsse man schauen, wie man hier weiterkomme. Es habe sich bereits gezeigt, dass EEA kein Papiertiger sei, sondern ein Werkzeug, was funktioniere.

Landrat Scherf betont, dass sich der Energiebeirat intensiv mit dem EEA auseinandergesetzt habe. Ziel dessen sei, dass es ein Instrumentarium sei, dass man mehr praktische konkrete Projekte umsetzen könne. Dies scheitere bislang zum einen an den personellen Ressourcen. Aber der Landkreis Miltenberg wolle vom Gremium keinen Beschluss für mehr Personal, sondern man wolle sich von externe Beratung holen. Damit schlage man zwei Fliegen mit einer Klappe. Zum einen hole man sich die Arbeitsressource, zum anderen den externen Sachverstand mit der Ressource für konkrete Projekte.

Kreisrat Schötterl gibt Kreisrat Berninger grundsätzlich Recht. Wenn es wieder ein theoretisches Modell wäre, würde er dem nicht zustimmen. Wenn hier allerdings Erkenntnisse und Umsetzungsempfehlen rauskämen, die auf die Kommunen übertragbar seien, könne man diesem Beitritt zustimmen.

1. **Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz nimmt** den Bericht über den Zwischenstand und die Entwicklung der Energie- und Klimabilanz für die Region Bayerischer Untermain und den Landkreis Miltenberg **zur Kenntnis**.
2. **Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz befürwortet mehrheitlich bei vier Gegenstimmen** die Einführung des European Energy Awards (eea) als Umsetzungs- und Controlling-Instrument auf Ebene des Landkreises Miltenberg.

3. **Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz befürwortet einstimmig**, dass die Energieagentur Bayerischer Untermain weiter betrieben wird, vom Landkreis Miltenberg im bisherigen Umfang gefördert wird und die Zusammenarbeit von regionalem (Energieagentur) und kommunalem (Klimaschutzmanager) Klimaschutz konzeptionell weitergeführt und intensiviert wird.

Tagesordnungspunkt 2:

Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung vom 28.09.2017

Frau Heim trägt vor, dass der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 28.09.2017 folgende Aufträge erteilt hat:

Strombezug für die Abfallwirtschaftsanlagen des Landkreises für die Jahre 2018 und 2019

Der Auftrag für die Lieferung von Ökostrom für die Abfallwirtschaftsanlagen des Landkreises wurde auf Grundlage der europaweit durchgeführten Ausschreibung für die Jahre 2018 und 2019 an die Gemeindewerke Oberhaching GmbH vergeben.

Die Jahreskosten belaufen sich für die angesetzten Stromverbrauchsmengen der Kreismülldeponie Guggenberg, der Müllumladestation Erlenbach, des Grünabfallplatzes Erlenbach sowie den Deponien Schippach und Wörth auf 112.625,87 € brutto. Hinzu kommen noch die Stromkosten für den Wertstoffhof Süd.

Altpapiervermarktung

Der bestehende Vertrag mit der Fa. Emde Altpapier-Erfassung und -Verwertung GmbH Aschaffenburg über die Übernahme und Verwertung des vom Landkreis bei der Müllumladestation Erlenbach erfassten Altpapiers wird um ein Jahr bis zum 31.12.2018 verlängert.

Reinigung und Kamerabefahrung der Sickerwasserleitungen auf den Deponien des Landkreises Miltenberg

Der Auftrag für die Reinigung und Kamerabefahrung von Sickerwasserleitungen und Regenwasserkanälen auf den Deponien Guggenberg, Großheubach, Wörth und Schippach wurde für die Jahre 2017 und 2018 an die Firma Kanal Türpe, Gochsheim, zum Preis von 122.660,74 inkl. Mehrwertsteuer vergeben.

Sanierung der Betonfläche auf dem Wertstoffhof Erlenbach

Mit dem Austausch der schadhaften Rinnen und Fugen auf der Betonfläche des Wertstoffhof Erlenbach wurde die Firma Adicon, Rödermark zum Preis von 220.561,74 € inkl. Mehrwertsteuer beauftragt.

Müllferntransport

Der bestehende Vertrag mit der Fa. Werner GmbH & Co. Mülltransport KG, Aschaffstraße 7, 63773 Goldbach, vom 29.01./06.04.2016 über den Transport von Abfällen zum Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt wird um ein Jahr (bis 31.05.2019) verlängert.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

Nachsorgekosten für die Altdeponien; Bericht der ECONUM Unternehmensberatung GmbH und Empfehlungsbeschluss zur Bildung von Rückstellungen

Herr Rößler, ECONUM Unternehmensberatung GmbH, trägt anhand beiliegender Präsentation die Kalkulation der Kosten für die Nachsorge der Deponien Wörth am Main, Großheubach, Sulzbach und Schippach vor.

Frau Heim merkt an, dass gewisse Randbedingungen angenommen werden müssten, damit Herr Rößler Berechnungen anstellen könne. Herr Rößler hat vorgetragen, dass die Deponien in der Nachsorgephase seien. Um in die Nachsorgephase zu kommen, müsse der Landkreis Miltenberg offiziell von den Genehmigungsbehörden in die Nachsorgephase entlassen werden. Daran werde momentan gearbeitet. Die Regierung von Unterfranken habe in Gesprächen angedeutet, dass sich für 2018 das anbahnen würde, aber einen entsprechenden Bescheid habe man noch nicht erhalten.

Frau Heim trägt vor, dass für die Nachsorge von Deponien während des Betriebs Rückstellungen zu bilden (Artikel 7 Abs. 5 Nr. 1a AbfG) sind. Ist dies nicht mehr möglich, werden die für Altdeponien entstehende Kosten in die Gebührenkalkulation eingerechnet (Artikel 7 Abs. 5 Nr. 2 AbfG). Dies hat der Landkreis Miltenberg für seine Altdeponien Großheubach, Wörth und Sulzbach bisher so praktiziert.

Im Rechnungsprüfungsbericht vom 15.12.2014 für die Jahresabschlüsse 2008 bis 2012 wurde dieses Vorgehen jedoch von der überörtlichen Rechnungsprüfung unter Hinweis auf haushaltsrechtliche Bestimmungen (§ 74 Abs. 1 KommHV Doppik) beanstandet. Danach müssten Rückstellungen im Haushalt tatsächlich für einen evtl. Bedarf vorhanden sein.

Als Reaktion auf diese Beanstandung ließ der Landkreis Miltenberg durch das Büro Econum Unternehmensberatung GmbH die Nachsorgekosten für die Altdeponien ermitteln. Danach ergibt sich, wie im Gutachten vorgestellt, für die Altdeponien Großheubach, Sulzbach und Wörth ein Rückstellungsbetrag von knapp 6,1 Millionen Euro (6.096.957 €). Für die ehem. Klärschlammdeponie Schippach wurde ein Bedarf von 3.347.415 Euro ermittelt.

Würde dieser Betrag, wie von der überörtlichen Rechnungsprüfung gefordert, in voller Höhe in den Müllhaushalt eingestellt, müssten zur Finanzierung dieser Rückstellungssumme, die quasi auf einem „Sparkonto“ für Rückstellungsausgaben vorgehalten würde, die Müllgebühren erhöht werden. Jetzige Gebührenzahler würden für mögliche Aufwendungen in der Zukunft belastet werden.

Dies erscheint unzumutbar, insbesondere da das Abfallgesetz als lex specialis die laufende Finanzierung über den Müllgebührenhaushalt nach tatsächlichen Aufwendungen zulässt und unser Müllhaushalt die jeweiligen Nachsorgemittel für die Altdeponien sukzessive finanzieren kann. Auf dieser Art und Weise werden die Abfallgebührenzahler allmählich und nach tatsächlichem Aufwand verteilt an den Rückstellungsaufwendungen beteiligt.

Im Fall der ehemaligen Klärschlammdeponie Schippach werden die Nachsorgekosten auf Grundlage des Kreistagsbeschlusses vom 18.12.2000 aus dem allgemeinen Kreishaushalt gedeckt. Auch hier würde bei sofortiger Einstellung der errechneten Rückstellungssumme von 3.347.415 Euro ein Defizit entstehen, welches durch Erhöhung der Einnahmen, z.B. der Kreisumlage, gedeckt werden müsste.

Nachdem bei allen Altdeponien bereits sämtliche absehbaren Investitionen wie Oberflächenabdichtung/-abdeckung, Entgasungssystem, Grundwasserbeobachtungspegel etc. getätigt wurden und sowohl der Müllhaushalt als auch der Kreishaushalt auf Grund der soliden Finanzsituation die jährlich anfallenden Nachsorgekosten der Altdeponien abdecken kann, empfehlen wir dem Ausschuss für Energie-, Natur- und Umwelt folgenden Empfehlungsbeschluss an den Kreistag.

Kreisrat Berninger erachtet die Regelung für Rückstellungen für vernünftig. Der Landkreis verfüge über 8 bis 10 Mio. Euro freie liquide Mittel und in der Größenordnung von 16 bis 17 Mio. Euro für Müll zweckgebundene liquide Mittel. Wenn dies der Fall sei, dann sei es einfach ein Buchungssatz, um das zu verändern. Er stimmt Frau Heim zu, dass man es sich nicht erlauben könne, entweder von den Gebührenzahlern oder von den Kommunen über die Kreisumlage das Geld zu holen. Das Grundproblem komme aus der Doppik, wenn man versuche, Verwaltungsaufgaben in unternehmerische Bilanzen abzubilden.

Herr Krämer, Kreiskämmerer, antwortet, dass der Landkreis momentan zweckgebunden für die Kommunale Abfallwirtschaft ca. 17,5 Mio. Euro an liquiden Mitteln habe. Diese seien jedoch gebunden für die Rückstellung der Mülldeponie Guggenberg. Für die drei Altdeponien, deren zukünftige Kosten über den Müllhaushalt zu tragen wären, seien momentan keine Rückstellungen vorhanden. Die Klärschlammdeponie Schippach sei über den allgemeinen Haushalt zu tragen. Hier wäre es nicht wie im Müllhaushalt, so dass über den Müllgebührenkalkulationszeitraum die 6,1 Mio. Euro anzusparen wären. Folglich wären die 3,3 Mio. Euro sofort im nächsten Jahr von den Gemeinden zu erheben wären.

Landrat Scherf unterstreicht, dass die strenge Auslegung der Doppik in dem Fall hier unverhältnismäßig, weil unzumutbar sei. Es lägen abschätzbare Belastungen vor, mit denen der Landkreis umgehen könne, daher könne man es über die jährlichen Haushalte abbilden.

Kreisrat Schötterl gibt zu bedenken, dass die Rückstellungen auch bezüglich der tatsächlichen Inanspruchnahme zu überprüfen seien. Wenn man die zeitliche Komponente sehe, die hier in Aussicht gestellt worden sei und wann tatsächlich diese Nachsorgephase anstehe, sei es absolut unverhältnismäßig, jetzt von einer tatsächlichen Inanspruchnahme und Risikolage zu sprechen. Dies sehe er hier nicht.

Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz fasst den einstimmigen

Empfehlungsbeschluss,

dass die anfallenden Nachsorgekosten für die Altdeponien Großheubach, Sulzbach und Wörth sukzessive nach Anfall aus dem „Müllhaushalt“ finanziert werden. Die erforderlichen Mittel werden jährlich eingeplant.

Finanzmittel für die erforderlichen Nachsorgekosten bei der ehemaligen Klärschlammdeponie Schippach werden jährlich nach Bedarf aus den allgemeinen Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt.

Auf eine Bereitstellung der errechneten Nachsorgekosten von 6.096.957 € für die Altdeponien Großheubach, Sulzbach und Wörth sowie von 3.347.415 € für die ehemalige Klärschlammdeponie Schippach wird verzichtet, um eine unangemessene Belastung der Gebührenzahler bzw. des aktuellen Kreishaushaltes zu vermeiden.

Tagesordnungspunkt 4:

Vorstellung des Müllhaushalts 2018 mit Investitionsplan: Empfehlungsbeschluss des Umweltausschusses

Frau Goldschmitt trägt vor, dass der Müllhaushalt 2018 insgesamt, allerdings ohne die ehemalige Klärschlammdeponie Schippach, Einnahmen und Ausgaben von jeweils 13.232.140 € umfasst.

Die aktuelle Marktsituation weist für Altpapier und E-Schrott fallende Preise aus. Trotzdem rechnen wir mit einem durchschnittlichen Papierpreis, der über dem des Jahres 2016 liegt und gleichbleibenden E-Schrott Erlösen.

Zum Ausgleich des Müllhaushalts ist eine Zuführung aus den Gebührenüberschüssen in Höhe von 1.580.000 € nötig.

Der Müllhaushalt für die Klärschlammdeponie Schippach schließt in Einnahmen mit 2.700 € und in Ausgaben mit 200.951 €. Die Differenz muss vom Landkreis aus allgemeinen Finanzmitteln ausgeglichen werden.

Vorgesehene Investitionen 2018:

- Für den Nachkauf von Müllgefäßen sind 55.000 € veranschlagt.
- Es müssen wieder einige der älteren Transport- und Sammelcontainer ersetzt werden. Hierfür sind 30.000 € vorgesehen.
- Zur Erweiterung des Erfassungssystems für Elektrokleingeräte sind 20.000 € eingeplant.
- Für den Bau des neuen Deponieabschnittes IVa und Va wurden 6.000.000 € veranschlagt.
- Die Baukosten für die DK-II werden mit 300.000 € angesetzt.
- 54.000 € wird der Kauf des Radladers für den Wertstoffhof Süd betragen, der bisher gemietet ist.
- Auf der Müllumladestation in Erlenbach werden Zentrierschienen für Abrollcontainer benötigt. Für diese sind 20.000 € eingestellt.

Die Gesamtsumme der Investitionen im Müllhaushalt belaufen sich auf 6.479.000 €.

Auf Nachfrage von Kreisrat Berninger erklärt Frau Goldschmitt, dass die Höhe der Abschreibung auf dem Konto 571214, „Abschreibungen auf sonstige unbebaute Grundstücke“, enthalten sei. Der Plan für 2017 sei bei 523.000,00 Euro gewesen, für 2018 seien 492.000,00 Euro enthalten. Dies seien 94%, was mit der DK-I zusammenhänge. Bei der Geschäftsausstattung sei es von 373.000,00 Euro auf 325.000,00 Euro gesunken, was hauptsächlich wegen der Mülltonnenanschaffung sei.

Kreisrat Maurer möchte wissen, ob die Gebühren stabil bleiben würden.

Landrat Scherf antwortet, dass man zum Ausgleich eine Zuführung von 1.580.000,00 Euro aus den Gebührenüberschüssen benötige. Die Gebühren für 2018 bleiben stabil.

Kreisrat Berninger ist verwundert, weil ihm die Position 571214 „Abschreibungen auf sonstige unbebaute Grundstücke“ in der Doppik noch nicht begegnet sei.

Landrat Scherf erklärt, dass Deponien als unbebaute Grundstücke gelten.

Herr Feil fügt hinzu, dass der Landkreis den Bau einer Deponie im Vorfeld komplett bezahle. Der Gebührenzahler zahlt es zurück im Rahmen des Verfüllungszustandes. Hier ist enthalten, dass keine rechnerische Abschreibung stattfindet, sondern nach Verfüllungsstand. So erhalte der Landkreis nach Verfüllungsstand der Deponie das Geld für die Investition in die Baukosten wieder. Genauso werde es bei dem neuen Bauabschnitt sein, d.h. der Landkreis zahlt im Vorfeld dieser Maßnahme die Gesamtbaukosten. Über den Müllhaushalt, abhängig vom Verfüllungsgrad, erhält der Landkreis dafür das Geld zurück. Dies werde in dieser Position wiedergespiegelt.

Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz empfiehlt dem Kreistag einstimmig,

den vorliegenden Entwurf des Müllhaushalts für das Jahr 2018, einschließlich Investitionsplan, im Rahmen der Verabschiedung des Kreishaushalts mit zu beschließen.

Tagesordnungspunkt 5:

Vorstellung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2016 der Kommunalen Abfallwirtschaft – Betrieb gewerblicher Art –

Frau Goldschmitt berichtet, dass seit 2004 der Landkreis das eingesammelte Altpapier selbst vermarktet. Auch die direkten und indirekten Verträge über Leistungen für und mit den dualen Systemen wurden zum 01.01.2004 auf neue Grundlagen gestellt.

Zuletzt haben wir Ihnen in der Sitzung am 17.07.2017 den Jahresabschluss 2015 vorgestellt.

Der Jahresabschluss wurde durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband erstellt. Unsere Umsatzsteuererklärung für das Jahr 2016 ergab eine Erstattung von 42.596,87 €. Auch für 2016 fallen weder Körperschafts- noch Gewerbesteuerzahlungen an unseren drei Standortgemeinden an.

Landkreis Miltenberg

Kommunale Abfallwirtschaft – BgA

	Bilanzsumme	Jahresgewinn lt. Bilanz und GuV
2004	251.629,21 €	74.710,44 €
2005	449.633,21 €	101.682,16 €
2006	625.479,86 €	64.381,60 €
2007	773.809,81 €	33.039,10 €
2008	325.593,39 €	- 126.543,70 €
2009	271.342,14 €	- 143.033,37 €
2010	203.244,17 €	- 47.148,61 €
2011	134.192,65 €	8.321,98 €
2012	169.747,44 €	- 24.566,66 €
2013	226.319,74 €	35.298,58 €
2014	317.470,07 €	20.688,22 €
2015	288.323,54 €	-11.958,82 €
2016	304.158,34 €	-57.231,69 €

In 2016 sind die E-Schrott Erlöse stark zurückgegangen. Die Vermarktung der Gruppe 3 wurde deshalb eingestellt.

Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz fasst den einstimmigen**B e s c h l u s s:**

Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz erkennt den vorgelegten steuerlichen Jahresabschluss für das Jahr 2016 für den Kommunalen Abfallwirtschaftsbetrieb, Teilbereich Betrieb gewerblicher Art, an und stellt ihn wie folgt fest:

- Bilanz in Aktiva und Passiva	304.158,34 €
- Jahresverlust lt. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	- 57.231,69 €

Der Jahresverlust wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Tagesordnungspunkt 6:

Anfragen

gez.

Scherf
Vorsitzender

gez.

Zipf-Heim
Schriftführerin